



**Sozialdemokratische Rathausfraktion
der Stadt Neumünster**

0071/2018/AN

SIP: in / 05m / 1. SIR / STR / STR / 63 / 32 / 30 / 10.1 / 20.4 / 6A

SPD-Rathausfraktion-Großflecken 75-24534 Neumünster

Frau Stadtpräsidentin

Anna-Katharina Schättiger

Großflecken 59

Sozialdemokratische Rathausfraktion der
Stadt Neumünster

Großflecken 75
24534 Neumünster

Telefon 04321/929830
Telefax 04321/929831

E-Mail: rathausfraktion@spd-neumuenster.de

IBAN: DE10 2305 1030 0000 1470 60
Sparkasse Südholstein, BIC NOLADE21SHO

Neumünster, den 23.01.2019

15.29.19
30.01.19

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin Schättiger,

Im Stadtgebiet ist das Augenmerk auf „Schrott-Immobilien“ zu richten, die von den Eigentümern / Besitzern dazu genutzt werden, in unwürdigen Wohnverhältnissen durch Überbelegung mittellose Zuwanderer maximal auszubeuten.

Wir bitten den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratsversammlung vom 12.02.19 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Franka Dannheiser und Fraktion

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt alle ordnungsrechtlichen und baupolizeilichen Maßnahmen zu ergreifen, um Immobilien, die willentlich im mangelhaften Verkehrszustand befindlich sind (sog. Schrottimmobilen) in einen zumutbaren Zustand zu überführen. Dabei wird insbesondere beauftragt,

- 1.) problembehaftete Immobilien, wie auch Grundstücke, zu identifizieren und zu benennen,
- 2.) den Bau- und Nutzungszustand zu dokumentieren,
- 3.) Eigentümern ist die unsachgemäße Nutzung des Gebäudes klar zu machen,
- 4.) die Gebäude im Bedarfsfalle nach ordnungsrechtlicher Maßgabe in Höhe des, von einem unabhängigen Sachverständigen zu ermittelnden Bestandswertes zu kaufen.

Bei der Umsetzung ist die städtische WOBAU einzubinden.

Begründung:

Die EU-Einwanderung ist zu einem dringend zu bearbeitenden Problemfeld der Stadt Neumünster geworden. Beispiel ist die Stadt Gelsenkirchen mit dieser Vorgehensweise im Zusammenhang mit Problemen von EU2-Bürgern, die sehr erfolgreich diese unwürdigen Wohnverhältnisse abgearbeitet bekommen hat, indem sie über ihre städtische Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaft prekäre Immobilien bzw. Grundstücke gekauft und damit das Spekulantentum, wie auch Übervermietung (z.B. 20 Pers. in einer Wohnung und Miete pro Kopf) massiv in den Griff bekommen hat.